

ZU DEN BEITRÄGEN DIESES BANDES

Sicherheit ist in den vergangenen Jahren zu einem konstitutiven Element von Stadtentwicklung geworden. Europaweit deutet sich eine Ausweitung der Strafbarkeitsvoraussetzungen auch auf Bagatelldelikte an. Technische Überwachungsmaßnahmen nehmen zu, durch welche „abweichendes“ Handeln im strafrechtlichen Vorfeld erfasst werden soll. Inspiriert von den USA verlagern viele Länder die Zuständigkeit für Kriminalprävention auf Kreise und Gemeinden (Kommunale Kriminalprävention). Auch US-amerikanische Konzepte der „kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung“ wie *defensible space* finden eine wachsende Zahl von Anhängern unter europäischen Kommunal- und Sicherheitspolitikern. Gleichzeitig übertragen Staat und Kommunen mehr und mehr Aufgaben der Sicherheitsgewährleistung auf privatwirtschaftliche Akteure.

Solche Entwicklungen sind für die an der interdisziplinären Stadtforschung beteiligten Wissenschaften eine große Herausforderung und werfen eine Vielzahl von Problemen auf. Im Zentrum des vorliegenden Bandes¹ stehen Fragen, die im weitesten Sinne an der räumlichen Dimension städtischer (Un-) Sicherheiten ansetzen. Im Hintergrund steht die Beobachtung, dass länderübergreifend (Un-)Sicherheit und Raum in erheblichem Maße miteinander verwoben werden. „Sicherheit“ und „Unsicherheit“ sind Attribute, die bestimmten Stadtgebieten zugeschrieben werden, und viele neue Sicherheitspolitiken verfolgen im Sinne einer strategischen Regionalisierung einen dezidiert raumorientierten Ansatz mit dem Ziel, „sichere Stadträume“ zu schaffen.

1 Wir danken an dieser Stelle Frau Hauzar für die wertvolle Unterstützung bei der Lektorierung der Texte.

Wie das Verhältnis von Kriminalität und Raum konzeptionell gefasst werden kann, diskutieren wir in unserem einleitenden Beitrag, den wir als Plädoyer für eine konstruktivistisch informierte „Kritische Kriminalgeographie“ verstehen. Die Beiträge der anderen Autorinnen und Autoren aus Geographie und Sozialwissenschaften lassen sich weitgehend drei übergeordneten Fragestellungen zuordnen.

Analyse von Diskursen um (Un-)Sicherheit, Kriminalität und Raum

Die Analyse von Diskursen um Unsicherheit, Kriminalität und Raum ist eine zentrale Herangehensweise im Rahmen einer „Kritischen Kriminalgeographie“. Grundlage einer solchen diskurstheoretischen Perspektive ist die Annahme, dass sowohl die räumlich gebundenen *Unsicherheiten* wie auch die unsicheren oder verunsichernden *Räume und Orte* als diskursiv konstruiert aufzufassen sind. Diese Konstrukte werden in Kommunikationsprozessen reproduziert. In vielen alltagsweltlichen, politischen oder planerischen Zusammenhängen treten immer wieder unterschiedliche Konnotationen von „Orten“ oder spezifischen Quartieren, Baublöcken oder Verkehrsknotenpunkten (z.B. Großwohnsiedlungen, Bahnhöfe) als „gefährlich“ oder „unsicher“ auf.

Im vorliegenden Sammelband verfolgen zwei Beiträge eine diskurstheoretische Perspektive. *Verena Schreiber* untersucht in ihrem Beitrag „Regionalisierungen von Unsicherheit in der Kommunalen Kriminalprävention“ die Hinwendung zu raumbezogenen Strategien in der aktuellen Kriminalpolitik aus zwei Perspektiven: In einem ersten Schritt diskutiert sie am Beispiel der Kommunalen Kriminalprävention die Ursache und Funktion der Verkürzung der (Un-)Sicherheitsthematik auf raumbezogene Kriminalitäts- und Kriminalitätsfurchtbekämpfungsstrategien. In einem zweiten Schritt entwirft sie die These, dass die Verschränkung von Raum und Unsicherheit bereits in den Aussagen um Sicheres und Unsicheres eingelassen ist. Sie stellt am Beispiel von Podiumsdiskussionen auf Fachtagungen zu Kommunalen Kriminalprävention dar, wie in Kriminalisie-

rungs- und Unsicherheitsdebatten „Grenzen zwischen Dazu-gehörigen und Ausgeschlossenen, sicheren und gefährlichen Orten gezogen und normiert werden“.

Annika Mattissek hat eine Medienanalyse durchgeführt und kann an Hand aktueller Beispiele aus der Stadt Frankfurt a.M. zeigen, dass die Anstrengungen der kommunalen Politik und Verwaltung zur Erhöhung der Sicherheit in der Frankfurter City vordergründig dem „Schutz“ der Bevölkerung dienen. Im Laufe der Analysen wird aber deutlich, dass es vor allem um eine allgemeine Verbesserung der innerstädtischen Aufenthaltsqualität geht und somit letztlich auf die verbesserte Vermarktung der Innenstadträume abzielt. Annika Mattissek macht deutlich, dass dies durch eine diskursive Kopplung der Begriffe Sicherheit und Sauberkeit gelingt.

Neue Formen der kommunalen Kriminal- und Sicherheitspolitik

Seit einigen Jahren gewinnen „Regionalisierungen“ in der Kriminal- und Sicherheitspolitik auf internationaler Ebene an Bedeutung. Prominente Strategien wie CPTED (Crime Prevention through Environmental Design) oder der im Rahmen des New Yorker-Modells bekannt gewordene *Broken Windows*-Ansatz verfolgen bei der Bekämpfung und Verhütung von Kriminalität einen dezidiert räumlich-materiellen Zugriff. Kernziel ist es, „sichere Räume“ zu schaffen. Dieser kommunale und regionale Zugang wird vielfach ausgelöst und flankiert durch so genannte Kriminologische Regionalanalysen. Sie werden und wurden in verschiedenen Städten und Regionen durchgeführt, um detaillierte Auskünfte über die lokalen Kriminalitäts- und Sicherheitslagen, insbesondere aber über das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu erlangen. Diese Analysen sind wichtige Elemente bei der Verräumlichung von (Un-)Sicherheit und Kriminalität und oftmals Grundlagen für eine Legitimierung neuer Formen von lokaler Sicherheitspolitik.

Aus kritisch-kriminalgeographischer Sicht stellt sich zum einen die Frage, welche neuen Sicherheitspolitiken eine räum-

liche Perspektive verfolgen, wie diese Perspektive legitimiert wird und warum diese „räumlichen“ Politiken an Bedeutung gewinnen. Zum anderen steht eine praxisorientierte Kritische Kriminalgeographie auch vor der Aufgabe, das Handlungsfeld der Kommunalen Kriminalprävention kritisch evaluierend zu begleiten.

In diesem Band befassen sich drei Beiträge explizit mit diesen neuen Formen kommunaler Sicherheitspolitik. Zwei Aufsätze äußern sich aus einer sehr kritischen Haltung zu einer aus ihrer Sicht stark gewachsenen neoliberalen Orientierung der kommunalen Sicherheitspolitiken. *Bernd Belina* diskutiert, aus welchen Gründen raumbezogene Kontrollpraktiken und raumbezogene Sicherheits- und Präventionsdiskurse immer häufiger zum Einsatz kommen. Unter anderem am Beispiel des *broken-windows*-Ansatz kann er zeigen, dass durch diese sicherheits- und präventionsorientierten Politiken von sozialen Problemlagen abstrahiert wird und stattdessen „Kriminalisierungen“ von Raumausschnitten vorgenommen werden. Bernd Belina bezeichnet dies als „governing through crime through space“.

Volker Eick lenkt in seinem Beitrag den Fokus auf Veränderungen in der kommunalen Sozial-, Beschäftigungs-, und Sicherheitspolitik im Rahmen von Stadtentwicklungsprogrammen. Am Beispiel des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ stellt er heraus, inwieweit alte und neu entstehende Sicherheitsagenturen und Non-Profit-Unternehmen in „benachteiligten“ Stadtquartieren zu einer Herausbildung ausdifferenzierter lokaler Sicherheits- und Ausgrenzungsmechanismen beitragen.

Einblick in die kommunalen Sicherheitspolitiken in Großbritannien bietet der Beitrag von *Gesa Helms*. Sie untersucht aktuelle Tendenzen der britischen Sicherheitspolitik und deren Relevanz für den Stadtbau und die Stadterneuerung. Am Beispiel ausgewählter lokaler Sicherheits- und Präventionspolitiken in Glasgow werden die Konfliktlagen zwischen den nationalen und den lokalen Interessen in den Politikfeldern Sicherheit, Kriminalität und Prävention verdeutlicht.

Öffentliche Räume: Folgen von (Un-)Sicherheitsdiskursen für das kommunale Leben, die kommunale Planung und Politik

Die Debatte über (Un-)Sicherheit, Kriminalität und Prävention sowie die Regionalisierung kommunaler Sicherheits- und Präventionspolitiken finden in vielfältiger Weise Niederschlag in der sozialen und materiellen Organisation des kommunalen Lebens und der kommunalen Planung: Videoüberwachung im „öffentlichen Raum“, Zunahme von privaten Sicherheitskräften, Propagierung einer verschärften sozialen Kontrolle in Nachbarschaften, Verschärfung kommunaler Ordnungssatzungen, Vertreibung „unerwünschter“ Personengruppen aus den Innenstädten, Einsatz von freiwilligen Polizeihelfern, die Verbreitung bewachter Wohnsiedlungen und Apartmentgebäude (mit „doormen“) sowie die flächendeckende Etablierung kommunaler Kriminalpräventionsräte sind einige Beispiele dafür. Im Hinblick auf die zunehmenden Kontroll- und Präventionsmaßnahmen stellt sich zum ersten die Frage, woher die wahrgenommene wachsende Unsicherheit rührt und inwieweit die Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen als angemessene Reaktionsweisen auf diese Entwicklung bezeichnet werden können. Zum Zweiten erfordern die raumorientierten Präventionsmaßnahmen sowie die ebenfalls raumorientierten Einhegungs- und Ausgrenzungsstrategien eine Diskussion über das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit in den Städten.

Mit diesem Themenkomplex befassen sich in dem Band drei Beiträge. *Herbert Glasauer* setzt sich mit den möglichen Ursachen des gewachsenen Unsicherheitsempfindens auseinander, welches die Menschen insbesondere bei der Nutzung des öffentlichen Stadtraumes häufig empfinden. Dabei macht er deutlich, dass diese Empfindungen nicht neu und mit dem städtischen Leben untrennbar verbunden sind. Zudem weist er auf Möglichkeiten hin, wie jenseits von Präventions- und Kontrollmaßnahmen das Sicherheitsempfinden der Stadtbevölkerung gesteigert werden kann.

Das Verhältnis von öffentlichem und privatem Raum wird von *Norbert Gestring, Anna Maibaum, Walter Siebel, Karen Sievers und Jan Wehrheim* an Hand einer empirischen Studie

thematisiert. Sie stellen dar, welche Auswirkungen unterschiedliche Formen von Kontrolle auf die Qualität unterschiedlicher öffentlicher Räume haben. Unter anderem wird für ein urbanes Innenstadtquartier und eine Shopping Mall analysiert, welche Bedeutung „Fremdheit“ einerseits für Kontrolle und andererseits für das (Un-)Sicherheitsempfinden hat.

Im letzten Beitrag zeigt *Daniela Hunold*, wie in diversen Ansätzen der kriminologischen Unsicherheitsforschung und der neoliberalen Präventionspolitiken systematisch ein primär raum- und ortsbezogener Zugang zu den Themenfeldern Soziale Kontrolle und Unsicherheit etabliert wird. Dabei wird stets Kriminalität als Auslöser von Ängsten und Verunsicherungen mitgedacht. Anhand des Etablierte-Außenseiter-Konzeptes von Elias/Scotsen weist sie nach, dass es durchaus theoretische Konzepte und Ansätze zur Erklärung und Interpretation von Verunsicherungen gibt, die das Unsicherheitsempfinden von Bewohnern in heterogen strukturierter Stadtquartiere nicht sogleich mit Kriminalität oder abweichenden Verhaltensweisen in Verbindung bringen.